

## **PsychotherapeutInnen sind Stiefkinder der Institutionen**

**Die Arbeit von PsychotherapeutInnen ist in Institutionen und Krankenanstalten unabdingbar, weil längst bekannt ist, dass viele psychische Erkrankungen mit Medikamenten alleine nicht heilbar sind. Die fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten von PsychotherapeutInnen sind notwendig, aber ihre Arbeitsbedingungen nicht zufrieden stellend.**

### **Derzeitige Situation der Psychotherapie in Institutionen**

Psychotherapie ist in Institutionen wie z.B. in großen Krankenanstalten oder in vielen kleineren psychosozialen Einrichtungen ein fester Bestandteil des Angebots. So sind PsychotherapeutInnen zwar notwendig, werden aber oft nicht adäquat eingesetzt.

1. Angestellte PsychotherapeutInnen werden häufig nicht als PsychotherapeutInnen, sondern "billiger" mit ihrem Grundberuf angestellt.
2. Viele PsychotherapeutInnen arbeiten in psychosozialen Einrichtungen freiberuflich, mit fixen Stundenverpflichtungen und einem Honorar von 30 Euro.
3. Praktika sind gesetzlich vorgeschrieben, die Praktikumsstellen sind aber nicht als Planstellen eingerichtet. Es hängt vom Goodwill der Institutionen ab, ob sie PraktikantInnen beschäftigen. Es gibt eine Menge Beispiele dafür, dass Psychotherapie-PraktikantInnen die Versorgung sichern und nicht bzw. ungenügend dafür bezahlt werden!

Es ist uns ein Anliegen, diese und andere schwindelerregende Arbeitsverhältnisse, Veränderung bzw. Verbesserung herbeizuführen.

Die Gewerkschaften setzen sich üblicherweise, in Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder, für höhere Löhne, bessere Arbeitszeiten, mehr Mitbestimmung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein. Sämtliche Arten von Arbeitsverhältnissen sind im Berufsbild PsychotherapeutIn (angestellt bis freiberuflich) vertreten.

Daher stellt sich die Frage, wie - zusätzlich zur Berufsvertretung im ÖBVP - eine nach Sparten differenzierte gewerkschaftliche und arbeitsrechtliche Vertretung der PsychotherapeutInnen in Institutionen aussehen kann. Wir werden Kontakt mit

den zuständigen Gewerkschaften und der Arbeiterkammer suchen, um eine gezielte Vertretung für PsychotherapeutInnen anzudenken.

All diese Vorhaben sollen zu dem sicher stellen, dass PsychotherapeutInnen künftig in einer Körperschaft öffentlichen Rechts organisiert und vertreten sein sollten.

### **Zukünftige Aufgaben und Ziele der Kommission**

1. Verhandlungen mit Gewerkschaften über die Aufnahme der Vertretungstätigkeit für angestellte PsychotherapeutInnen im Bereich Lohnverhandlungen etc.
2. Vereinbarungen mit der Arbeiterkammer über die arbeitsrechtliche Vertretung von angestellten PsychotherapeutInnen und PsychotherapeutInnen in Ausbildung unter Supervision (Pth. i. A. u. S.)
3. Verhandlungen mit öffentlich-rechtlichen Stellen (Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialversicherungsträgern u. a.) und anderen Dienstgebern über die Regelung von Anstellungsverhältnissen und Arbeitsbedingungen
4. Verhandlungen mit öffentlich-rechtlichen Stellen und anderen Trägerorganisationen über die Regelung der Arbeitsbedingungen von PsychotherapeutInnen in Ausbildung unter Supervision
5. die Stärkung und bessere Positionierung der Berufsgruppe im Gesundheits- und Sozialbereich
6. die Erstellung von Studien als Grundlage für bessere Arbeitsbedingungen für die ArbeitnehmerInnen
7. die öffentliche Vertretung der Interessen der Vereinsmitglieder des ÖBVP

### **Mehr Beachtung von Psychotherapie in Institutionen und Verbesserung der Anstellungsbedingungen – Tagung am 5.10. macht aufmerksam**

Eine Erhebung hat ergeben, dass PsychotherapeutInnen häufig nicht entsprechend ihrer Ausbildung angestellt und bezahlt werden. Der Österreichische Bundesverband für Psychotherapie (ÖBVP), bzw. die innerhalb des Verbands

gegründete *Kommission für Psychotherapie in Institutionen*, setzt sich für die Interessen der angestellten PsychotherapeutInnen ein.

Diese Kommission „Psychotherapie in Institutionen“ hat sich zur Aufgabe gemacht, folgende Änderungen zu erarbeiten:

- Verbesserung bzgl. der Arbeitsbedingungen in Institutionen
- Erstellung von Standards und Richtlinien für Psychotherapie in Institutionen
- Stellungnahme zur Richtlinien des BMG
- Verbesserung der Anstellungsbedingungen und Dienstverträge

Am Freitag den 5. Oktober 2012, 10 – 17 Uhr fand in der Arbeiterkammer Oberösterreich, 4020 LINZ, die erstmalige multiprofessionelle Netzwerkveranstaltung „Schwindlige Arbeitsverhältnisse?“ statt.

Schwerpunkt der Veranstaltung war die Verbesserung der Anstellungsbedingungen und Dienstverhältnisse für PsychotherapeutInnen und PsychotherapeutInnen in Ausbildung unter Supervision. Namhafte ExpertInnen aus Politik, Gewerkschaft und der psychotherapeutische Berufsvertretung haben daran teilgenommen. In Workshops auf Bundes- und Landesebene und deren Aufgabenbereiche.

Auf Basis von Expertenreferaten fanden Gespräche und Diskussionen in den anschließenden Workshops statt. Mit Unterstützung von Experten, wie Mag. Gerhard Hintenberger (Department für Psychotherapie und biopsychosoziale Gesundheit; Donau-Universität Krems) und Dir. Wolfgang Gruber (Vorstandsvorsitzender Sozialwirtschaft Ö, ehemals Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe BAGS) wurden vertiefend folgende Themen erarbeitet:

1. Von Lückenbüßern, billigen Arbeitskräften und unverzichtbaren Arbeitsplätzen - Das psychosoziale Praktikum in der Psychotherapieausbildung
2. Verschwiegenheits- und Dokumentationspflicht in Zusammenarbeit mit interdisziplinären Teams
3. Atypische Beschäftigungsverhältnisse

Die Bedeutung der Psychotherapie hat in den Institutionen noch zu wenig Eingang gefunden. Die österreichweite Tagung hat sich gesondert mit dieser Problematik auseinandergesetzt und man ist um eine effektive Vernetzungsarbeit mit potentiellen KooperationspartnerInnen aus Politik und Gewerkschaft bemüht.

Es braucht fixe Stellenpläne in Institutionen und eine Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse, sodass PsychotherapeutInnen als solche angestellt und ihrer Qualifikation entsprechend gehaltlich eingestuft werden. Um dieses Ziel zu erreichen ist hier Expertenwissen aus vielen Fachrichtungen gefragt.

### **Forderungen zur psychotherapeutischen Versorgung in Österreich, AK Gesundheitsexperte Günter Flemmich**

Gegenwärtig wird vor allem über die Burnout-Versorgung nachgedacht und eine grundsätzliche Verbesserung mit psychotherapeutischen Leistungen diskutiert. Dies setzt aber auch entsprechenden Handlungsbedarf auf verschiedenen Ebenen der Gesundheitsversorgung in Österreich voraus.

Schon 1992 wurden durch wesentliche Intervention der Arbeiterkammer in einer richtungsweisenden Novelle ASVG Leistungen durch Psychotherapeuten den ärztlichen Leistungen gleichgestellt.

In der Folge wurde allerdings versäumt diesen Gesetzesauftrag durch Vertragspartnerlösungen umzusetzen. Schließlich wurden Verträge mit Verbänden geschlossen, welche aber lange Wartezeiten produzierten und auf die persönliche Beziehung zwischen Patient und Therapeut keine Rücksicht nahmen. Dies bedeutete im Einzelfall, dass Patienten 100 Euro zahlten und 21,80 Euro erstattet bekommen. Das können sich die Wenigsten leisten.

Im Klinikbereich wurde durch §11b KaKuG die ausreichende Versorgung mit psychotherapeutischen Leistungen postuliert ohne auf die nähere Umsetzung, wie z.B. psychotherapeutischen Turnus ähnlich dem ärztlichen Turnus einzugehen. Das führte etwa im Wiener KAG für StandardKAs zu einem verpflichtenden Dienstposten, für SchwerpunktKAs zu zwei Dienstposten, in ZentralKAs zu drei Dienstposten.

Daraus folgt auch die Besetzung durch sogenannte „Schwindlige Arbeitsverhältnisse“, d.h. solche über freie Dienstverträge und Werkverträge und

einer mangelnden Ausstattung der geforderten Arbeitsplätze, welche im Ergebnis auch zu erheblichen Problemen mit der gesetzlich geforderten Verschwiegenheitspflicht und damit auch zu psychischen Belastungen für Patienten führt.

74 000 Fälle deklarierte psychischer Erkrankungen jährlich ds. 50 000 Personen, die Dunkelziffer ist weit höher. 40 000 SVGA für IP Pensionen werden jährlich durch die SV finanziert, KV, UV und PV tragen abgesehen vom dahinterstehenden menschlichen Leid erhebliche Kosten durch psychische Erkrankungen. Krankenstände dauern weit länger, als bei anderen Krankheiten, obwohl diese ebenfalls auf psychische Belastungen zurückgehen.

**Wir fordern umgehend eine Aufstockung der Budgets für psychotherapeutische Behandlung um 100 Mio. Euro, eine Neudefinition des Begriffs medizinische Rehab, welche vor allem psychotherapeutische Versorgung einbezieht und ein dringendes Gespräch mit der BReg. entsprechend dem Strategiepapier des HVB.**

### **Die ReferentInnen:**

**DSA Ingrid S. Farag, MAS:** Vizepräsidentin des ÖBVP, Psychotherapeutin und Supervisorin

**Prof. Dr. Günter Flemmich:** Gesundheitsexperte der AK Wien; jahrelange Lehrtätigkeit an der Akademie für Sozialarbeit

**Mag.<sup>a</sup> Marina Gottwald:** Klinische und Gesundheitspsychologin, Psychotherapeutin

Rückfragenhinweis:

DSA Ingrid S. Farag, MAS, Vize-Präsidentin ÖBVP

T: 0699/1111 93 45, E: [oebvp.farag@psychotherapie.at](mailto:oebvp.farag@psychotherapie.at)

Mag.<sup>a</sup> Barbara Zsivkovits, Presse & PR ÖBVP

T: 01/512 70 90.23, E: [oebvp.zsivkovits@psychotherapie.at](mailto:oebvp.zsivkovits@psychotherapie.at)

**[www.psychotherapie.at](http://www.psychotherapie.at)**

